



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maurenbrecher, Wilhelm: Das Militärgesetz und die Parteien.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Oder ein Ministerium aus der rechten Seite der Nationalliberalen, welches ohne Majorität doch nur den Weg des Konflikts betreten könnte! Welche Veränderungen sich auch in Deutschland vollziehen mögen, wer auch das Zepher des Reichs halten möge — wenn Fürst Bismarck in den nächsten Jahren keine Majorität erhält, so erhält sie jeder andere Staatsmann noch viel weniger. Eine Regierung aber, die geführt werden muß im Kampfe mit an sich disparaten, in der Vereinigung jedoch einigen Elementen, kann, wenn Fürst Bismarck sie nicht führen will, nur von einem Staatsmann der äußersten Rechten geführt werden.

Nach Allem, was von hier aus und in nächster Nähe der Dinge zu erkennen ist, stehen die Aussichten für die Annahme des Militärgesetzes durch den jetzigen Reichstag äußerst ungünstig. Alle ernsthaft und wahrhaft nationalgesinnten Männer müssen also ihre Hoffnung auf die nächsten Wahlen setzen, und schon jetzt darauf denken, wie sie ihre Anstrengungen vereinen, ein dem Vaterlande heilsames Wahlergebnis zu Stande zu bringen.

C—r.

Das Militärgesetz und die Parteien.

Es ist eine auffallende Thatsache, daß unsere deutsche Regierung trotz aller ihrer Verdienste um Deutschland, trotz aller ihrer Erfolge, die das Staunen und die Bewunderung der Welt erregt haben und noch immer mehr erregen werden, eines nicht verstanden hat, — sich zur Stütze ihrer Bestrebungen und ihrer Politik eine feste, sichere, zuverlässige parlamentarische Mehrheit oder auch nur eine irgendwie bedeutende Regierungspartei zu bilden. Wir freuen uns, daß unsere deutsche Ehrlichkeit und Sittlichkeit es bisher verschmäht hat, diejenigen Mittel und Mittelchen dunklen oder zweifelhaften Charakters anzuwenden, durch die in andern Ländern eine Regierung die Schar der Tasager zusammentreibt. Aber wir bedauern es auf das lebhafteste, daß die Regierung den Gesichtspunkt gar nicht aufgestellt und für sich als maßgebend betrachtet hat, um ihre Prinzipien und zur Durchführung ihrer Prinzipien eine parlamentarische Partei zu consolidiren. Ebenso wenig wie das gegenwärtige preussische Abgeordnetenhaus, bietet der gegenwärtige deutsche Reichstag in seiner Zusammensetzung eine dauerhafte oder ausreichende Basis für eine consequente und große innere Politik.

Die Regierung des Fürsten Bismarck ist ausgegangen von conservativen Grundsätzen, getragen und gestützt von conservativen Parteigenossen. Die

Entwicklung der deutschen Nationalidee, d. h. die Verwirklichung des nationalen Programmes durch den gegenwärtigen Reichskanzler hatte nothwendiger Weise die Folge, daß mehr und mehr das, was früher als spezifische Wünsche und Forderungen liberaler Parteirichtung gegolten, durch die Regierung aufgenommen und durchgeführt worden ist. Zuletzt ist das die Lage der Dinge geworden, daß im Großen und Ganzen, und gerade auf den wichtigsten Gebieten des Staats- und Volkslebens unsere gegenwärtige Regierung das Programm eines gemäßigten Liberalismus ausführt und einen Compromiß liberaler Ideale mit den praktischen Forderungen und Bedürfnissen des realen preußischen und deutschen Lebens durchzusetzen sich bemüht. Wer immer auf eine reiche und befriedigende und gesunde Zukunft unseres Volkes hofft, wird im Ganzen die Politik der Regierung billigen müssen, mag er immerhin einzelne Maßregeln bekämpfen. Der inneren Natur der Regierungspolitik, ihrem Inhalte und Charakter nach, kann ebensowohl ein maßvoll Conservativer, der von dem Fortschritte der Zeiten gelernt hat, die Regierung unterstützen als ein maßvoll Liberaler dies thun muß, wenn er nur durch seine Prinzipien nicht auf einmal und im Sturme alles thatsächlich Vorhandene umwerfen will. Parlamentarisch gesprochen, die Parteien der Freiconservativen und der Nationalliberalen sind es, in denen die heutige deutsche und preussische Regierung ihren Stützpunkt zu suchen hat.

Aber während dahin die Verhältnisse selbst weisen, bleibt die Politik der Regierung in den parlamentarischen Verhandlungen jedem Zufalle ausgesetzt: sie weiß es in keinem Augenblicke, ob und welche Mehrheit ihr zustimmen wird. An diesem unerquicklichen und ungesundem, ja an diesem äußerst gefährlichen Zustande ist die Regierung selbst nicht ohne Schuld. Das scheint uns außer Zweifel zu sein, daß für die völlige Zersetzung und Zerspaltung der conservativen Partei in Preußen die Regierung die Verantwortung trägt. Mag immerhin auch die momentane Verblendung vieler Conservativen gegen die Kirchenpolitik des Fürsten Bismarck kaum zu entschuldigen sein, es war möglich, wie es ja auch geschehen ist, einen großen Theil der Conservativen zu überzeugen, und den kleineren Rest, die Heißsporne der Reaction von der Partei zu isoliren. Wir glauben ganz bestimmt, es wäre der Regierung bei einem anderen Verhalten in der Zeit der Wahlen ein leichtes gewesen, eine ansehnliche Zahl von solchen Conservativen gewählt zu erhalten, welche alle Reformmaßregeln der Staatsregierung acceptirt, sich gegen die Kirchenpolitik nicht gesträubt und in der augenblicklich den Ausschlag gebenden Militairfrage eine feste Basis für einen parlamentarischen Feldzug abgegeben hätten. Nein, die Taktik der Regierung selbst hat den Ausschluß der Conservativen herbeigeführt und damit eine Lage geschaffen, die einem Freunde unserer inneren Entwicklung das Wort auf die

Lippen drängen muß: „das nächste, was Noth thut, ist die Reorganisation der conservativen Partei.“ Wir sind deshalb nicht Conservative, wenn wir dies Wort aus vollster Ueberzeugung unterschreiben. Gerade wir als Liberale haben ein Interesse daran, daß die im Lande vorhandenen Parteien in entsprechender Weise an der Vertretung Theil nehmen.

Gegenwärtig dominirt im Reichstage die nationalliberale Partei. Aber diese Partei selbst setzt sich aus sehr verschiedenen Elementen zusammen: aus diesem Grunde grade kann man selten wissen, wie ihre Abstimmung ausfallen wird; und selbst die Regierung, die doch dem Inhalte ihrer inneren Politik nach nicht ohne seltsame Verwandtschaft zum Nationalliberalismus sich fühlt, hat keine Garantie, daß nicht plötzlich in irgend einer Frage die nationalliberalen Verwandten ein Beinchen ihr stellen oder sie plötzlich aus irgend welchem Impulse im Stich lassen. Der größte Theil der Nationalliberalen ist gewählt worden, ausgesprochener oder unausgesprochener Weise, in der Absicht, daß sie die Politik des Fürsten Bismarck in ihren wesentlichsten Punkten fördern helfen. Es sieht so aus, als ob sehr Viele, grade der Nationalliberalen sich taub stellen wollten gegen diese Thatsache oder wirklich sie schon vergessen hätten: es wird an der Zeit sein, daß die Wähler ihre Abgeordneten an diese Thatsache erinnern!

Wir selbst haben den Ausfall der letzten Wahlen bedauert, weil wir mit einer leider nur zu richtigen Vorausahnung des Eindruckes uns nicht erwehren konnten: einerseits die irreführende Haltung der Regierung, andererseits die unserm deutschen Liberalismus anhaftende liberale Prinzipienreiterei und unzuverlässige Ungeschicklichkeit in praktischer Politik, die durch ein conservatives Gegengewicht so gut wie gar nicht in Schranken gehalten ist, — diese beiden Dinge zusammengenommen, würden sehr bald eine gefährliche Krisis heraufführen, die nur zu leicht mit einer bösen Katastrophe endet.

Der Augenblick ist da: die Krisis ist vorhanden!

Treu ihrer Pflicht und gehorsam den Vorschriften der Verfassung hat die Regierung den Entwurf eines Militairgesetzes eingebracht, das gesetzliche und feste Grundlagen schaffen will für den gegenwärtigen Zustand unseres deutschen Heerwesens. Es erhebt sich die Frage, ob das Parlament, d. h. die Mehrheit, — die Rechte und die Nationalliberalen — das Gesetz in seinen Prinzipien annehmen wird.

Die Gründe für die Annahme sind in letzter Zeit auf allen Gassen und von allen Dächern gepredigt. Wir ermüden unsere Leser nicht mit einer Wiederholung derselben. Es gilt, wie allen andern dauernden Institutionen des Reiches, auch dem Militärwesen einen dauernden gesetzlichen Grund zu geben. In jedem unserer continentalen Staaten ist dies nothwendig, — bei der eigenthümlichen Natur des Reiches ist es doppelt nothwendig, gegen die

centrifugale Gewalt des Partikularismus des Reichsheer zu sichern, dies Institut, dem das Reich selbst sein Dasein verdankt, vor etwaigen Gelüsten unfeindlicher Pietätslosigkeit zu bewahren.

Dagegen wird auf dem Steckenpferde des Budgetrechtes der Angriff von parlamentarischer Seite geführt. Das natürlich macht keinen Eindruck auf die Verehrer parlamentarischer Allmacht, daß jedes Recht seine natürliche Schranke haben muß. Die Schranke des Budgetrechtes ist die gesetzlich begründete Einrichtung, für welche die Ausgaben nicht verweigert werden können. Doch wir gehen in dieser Discussion nicht weiter; wir erörtern auch nicht die Bedeutung des Heeres für unsern Staat und unser Volk: nicht allein, wie man oft gesagt hat, die Versicherungsprämie gegen äußere Gefahr ist das Heer, es ist weit mehr noch die allgemeinste und wirksamste Schule des Lebens für den größten Theil der Männer in Deutschland. Wir reden nicht von der finanziellen Seite, kein Mensch glaubt an den in Parade vorgerittenen Steuerdruck, selbst diejenigen nicht, deren Mund von derartigen Redensarten überläuft. Auch von allen den Details und den Ziffern, die gerade in diesem Augenblick in Berlin durch die Luft schwirren, sehen wir gerne hier ab. Wir discutiren nicht Präsenzziffern, Maximum und Minimum und Durchschnitt, wir handeln nicht von 401,000 oder 385,000 oder 370,000 oder 360,000 Mann. Wir treten in diese Dinge nicht ein, weil wir meinen, die Auswahl unter diesen Zahlen ist durch technische Erwägungen zu treffen: militärische Erfahrung und militärische Sachkenntniß sollte und müßte derjenige von sich glaubhaft nachweisen können, der seinen Mund darüber aufthun will. Aber eine Bemerkung können wir hier nicht unterdrücken. Wenn ich mir ein paar Stiefel machen lasse, wende ich mich nicht an den Arzt, sondern an den Schuster, von dem ich aus eigener Erfahrung oder durch glaubwürdige Zeugen weiß, daß er sein Metier versteht. Will ich dagegen meinen kranken Leib heilen, so flüchte ich nicht zu dem Stiefelkünstler, so ausgezeichnetes er auch leisten mag; dann ist mir der Arzt der richtige Helfer in der Noth. Der hohe Reichstag des deutschen Reiches ist anderer Meinung: gerade von ein paar Juristen, die in juristischen Dingen große Verdienste besitzen, die aber die totale Abwesenheit jedes militärischen Sinnes und Gefühles so zu sagen auf der Stirn geschrieben tragen, grade von solchen politischen Führern scheint er seine Entschlüsse übers Militair sich dictiren lassen zu wollen. Mag er sehen, wohin diese Führer ihn führen werden.

Nicht nachdrücklich genug kann es betont werden, daß die deutsche Nation in ihrer überwiegenden Mehrheit volles Vertrauen schenkt denjenigen Männern, welche unser Heerwesen zum Muster Europas ausgebildet und welche das deutsche Reich auf den böhmischen und französischen Schlachtfeldern geschaffen haben. Sie sind es, auf deren Rath und Stimme die Nation zu

Hören verlangt. Was zur Erhaltung des gegenwärtigen Heereswesens notwendig ist, das ist die Nation bereit von ihren großen militärischen Autoritäten sich sagen zu lassen; und dieser Ausspruch gilt ihr als der maßgebende. Im Reichstage scheint man anders zu denken. Aber wir halten es wirklich für unmöglich, daß die Vertreter der deutschen Nation zu ihrer maßgebenden Autorität bei der Berathung des Militairgesetzes nicht Moltke sondern Lasker sich erkoren!

Wenn man sich die gegenwärtige politische Situation klarlegen will, so hat man von einem Sahe auszugehen: die Grundlagen und Prinzipien unseres Militairwesens können nicht angetastet werden; sie werden es nicht werden. Fest und unerschütteret ist unser Vertrauen, daß die Regierung keinen Finger breit auf prinzipiellem Boden nachgeben werde; und fast als eine Beleidigung des kaiserlichen Heldengreises, würden wir es bezeichnen müssen, wenn Jemand auch nur eine Sekunde wähen wollte, Kaiser Wilhelm würde auch nur die kleinste Veränderung in den Prinzipien der Heeresorganisation zugeben. Und bleibt heute die Regierung fest, sie kann versichert sein, die Nation wäre in einem Konflikte zwischen Krone und Parlament heute auf der Seite der Regierung. Wollen die liberalen Parteien einen neuen Konflikt heraufrufen durch Ablehnung der Militairgesetvorlage, so werden sie es erfahren, wie heute die Nation denkt und fühlt. Die Dinge stehen heute anders, als einstens zur Zeit des preußischen Militairkonfliktes.

So deutlich als wir vermögen, wollen wir unsere Ansicht über die momentane Krisis aussprechen. Es ist ein Irrthum, zu glauben und zu sagen, daß es sich heute um das Schicksal des Militairgesetzes handelt, — nein, es handelt sich heute um die Zukunft des Liberalismus, um die Entscheidung über die innere Entwicklung in Preußen und im Reiche! Bringt diejenige Parteirichtung, die im wesentlichen ihre Ideen durch die Regierungspolitik der letzten Jahre ausgeführt sieht, jetzt das Militairgesetz zu Fall, so ist es unausbleiblich, daß die Beziehungen der Nationalliberalen zur Regierung sich lösen. Zum zweiten Male hätte eine große liberale Partei sich unfähig gezeigt, die Situation zu verstehen und praktische Politik zu treiben.

Alles, was heute reichsfeindlich ist, arbeitet auf dies Resultat hin. Die schwarze und die rothe Internationale, das feudale und das pietistische Junkerthum und die reichsfeindlichen Elemente der Fortschrittspartei: sie alle sind am Werke an verschiedenen Stellen, mit verschiedenen Mitteln, aber alle zu demselben Ziele. In ihrem Parteinteresse, so verschieden es bei den einzelnen sein mag, liegt das gegenwärtige politische Verhältniß zu stören. Für sie alle ist der Hebel dazu die Militairfrage.

Auf das ernsteste und gewissenhafteste werden die Nationalliberalen zu erwägen haben, in welchem Lager ihre Bundesgenossen zu suchen. Leider ist

die gegenwärtige Phase des parlamentarischen Lebens mit einer groben Heuchelei und Lüge eingeleitet worden. Wer an das Walten sittlicher Mächte in dieser Welt glaubt, wird von banger Ahnung befallen sein müssen, daß die Strafe für die politische Lüge nicht ausbleibe. Es ist eine — wir entscheiden nicht, ob eine ganz unbewußte oder an einzelnen Stellen auch eine bewußte — Unwahrheit gewesen, als man die Parole vom nothwendigen Zusammengehen der befreundeten liberalen Parteien ausgegeben hat. Mögen immerhin einzelne patriotisch und deutsch denkende und fühlende Männer zur Fortschrittspartei gehören — für uns steht fest, daß dies der Fall ist — aber die große Mehrzahl der Parteiglieder ist von reichsfeindlicher Politik erfüllt: hier doctrinaire Prinzipienreiterei, dort verbissene Oppositionslust, einzig um der Opposition selbst willen — wer bei denjenigen Maßregeln, welche die Reichsgründung und Reichsentwicklung ins Auge fassen, direkt oder indirekt auf eine Unterstützung der Fortschrittspartei rechnet oder um sie sich bemüht, der ist entweder ein ganz unzurechnungsfähiger Politiker oder er selbst ist ein verkappter Gegner des Reiches. So lange die Nationalliberalen sich nicht ermannen, die Allianz mit der Fortschrittspartei abzuwerfen und die Reminiscenzen und Traditionen aus der Confliktzeit abzuthun, so lange wird diese große und auf gesunde Gedanken gegründete Partei nicht zur Entfaltung einer durchschlagenden Wirksamkeit gelangen.

Wollten wir dem Nationalliberalen heute zumuthen, er möge sich mit dem Centrum über die Kirchenpolitik verständigen, er würde uns auslachen oder an unserem Verstande wohlbegründeten Zweifel aussprechen. Aber ganz dasselbe thut derjenige, der sich mit der Fortschrittspartei verständigen will über die nothwendigen Bedingungen und Erfordernisse einer nationalen Politik: wunderbar, wie sonst verständige Menschen dies unmögliche immer wieder versuchen! Wir denken nicht daran, irgend eine Vorstellung oder Mahnung an die fortschrittliche Adresse zu richten. Unser Wort gilt den Nationalliberalen!

Es handelt sich um Eure Zukunft! Wollt ihr es Euch verbergen, daß Ihr in dieser gewichtigen Anzahl auf die parlamentarische Arena gekommen seid, hauptsächlich deshalb, weil die Regierung die schützende Hand über Euch gehalten? Ist es Euch entgangen, daß die Conservativen deshalb unterlegen sind, weil der Zorn des Fürsten Bismarck sie zermalmt hat? Wißt Ihr oder fühlt Ihr nichts von der Stimmung des Landes über Euer „Hangen und Würgen“ am Militairgesetz? Bildet Ihr Euch ein, wenn Ihr ablehnt und dann die Auflösung des Reichstages folgt — noch ist die preussische Staatsregierung ihrer Pflicht gegen Preußen und das Reich sich bewußt, sie weiß es, daß sie in diesem Falle auf Auflösung dringen muß — bildet Ihr Euch

ein, die jetzige Stärke dann gegen die Regierung zu behaupten, die Ihr zu großem Theil durch die Regierung errungen? Nein, einen ganz andern Anblick würde der nächste Reichstag zeigen, als der gegenwärtige — die Clerikalen würden sich wohl nicht wesentlich verändern, aber aus Euren Reihen würden diejenigen schwinden, in deren Stellen die Conservativen einzurücken hätten!

Innerhalb der Nationalliberalen kocht und gährt es heute. Die überwiegende Mehrheit der Partei scheint entschlossen zu sein, die Prinzipien der Vorlage anzunehmen. Aber es giebt einen Theil der Partei, der noch nicht zu diesem Entschlusse kommen kann; und es ist ein Verhängniß, daß grade diese Gruppe der Schwankenden bei der Abstimmung den Ausschlag giebt. Auf diesen Nationalliberalen ruht die Verantwortung: sind sie nicht im Stande, den richtigen Entschluß in dieser Lage zu finden, sich gründlich einmal von dem Zusammengehen mit der Fortschrittspartei loszureißen, dann mögen sie es deutlich und unverblümt sich sagen lassen, daß sie es sind, welche die Katastrophe auf ihrem Gewissen haben. Wir wiederholen, nicht über das Schicksal unseres Heeres haben sie zu entscheiden, — unser Heereswesen wird aufrecht bleiben auch ohne ihre parlamentarische Zustimmung; unser Vertrauen auf Kaiser Wilhelm läßt uns dies nicht bezweifeln — aber über die Zukunft einer liberalen langsam aber consequent vorgehenden Reformpolitik in Preußen und Deutschland, darüber haben sie jetzt zu entscheiden.

Manche haben jetzt den besten Willen. Aber sie haben sich vor ihren Wählern gebunden; sie möchten jetzt gerne der Regierung die Hand reichen, aber ihre Wahlreden und Wahldeclamationen hemmen ihre Hand. Sie werden mit sich selbst, in ihrem Gewissen über den Entschluß zu Rath zu gehen haben. Manche erwägen, wie viel sie der Regierung bewilligen sollen. In dieser Erwägung steckt der eigentliche Sitz unserer politischen Kinderkrankheit. „Der Regierung bewilligen!“ Nein, Ihr Herren, der Regierung bewilligt Ihr keinen Pfennig, Euch selbst, dem ganzen Staate bewilligt Ihr, was Ihr bewilligt. Wenn Ihr Euch von Eurem Schneider einen warmen und bequemen Rock machen laßt, so bewilligt Ihr denselben nicht dem Schneider, der ihn anfertigt, sondern Eurem eigenen Leibe! Aber die naive Träumerei der Durchschnittspolitiker magt es nicht gerne, reale Verhältnisse an realem Maße zu messen oder das reale Leben mit offenem Auge zu sehen.

Ja, wenn uns die Regierung nur etwas entgegenkommen wollte, wenn's auch nur eine Kleinigkeit wäre! Pure bewilligen und en bloc annehmen, was nöthig ist und von dem hohen Hause gefordert wird, das wäre gegen den Strich, das würde einem Liberalen nicht ziemen! Etwas muß er abhandeln oder amendiren. Hätte die Regierung, welche aus sachlichen Motiven eine

bestimmte Präsenziffer für nöthig erachtet und welche ein wohl erworbenes Recht auf das Vertrauen der Nation grade in diesen Dingen besitzt, wenn jemals in der Welt ein Vertrauen wohl erworben gewesen ist — hätte diese Regierung wie ein pffziger Krämer etwas „vorgeschlagen“, sodas sie circa 50,000 Mann sich abhandeln lassen könnte, wie stolz und wie zweifelsohne — marschirten dann unsere Reichsboten nach Hause mit dem erhabenen Bewußtsein, auch wenn sie statt 450,000 die jetzt so sehr bekämpften 401,000 Mann bewilligt hätten, eine „Conzession“ erstritten zu haben! Für diese Sorte politischer Weisheit ist unsere Regierung zu ehrlich: operirte sie mit dieser Schlauheit, längst wäre dann die Sache fertig und vollendet. Preisen wir uns glücklich, daß die Regierung noch nach preußischer Methode, offen und wahr und ohne Taschenspielererei die Lebensfrage der Nation behandelt.

Alle Freunde einer nationalen und liberalen Entwicklung in denjenigen Bahnen, die unsere Reichspolitik seit 1866 offenkundig verfolgt, sollten ihre Stimme erheben, laut und deutlich den politischen Freunden im Reichstage zurufen: „Eure Pflicht ist es, das Militairgesetz in Uebereinstimmung mit der deutschen Regierung ungesäumt und unverklausulirt anzunehmen. Zögert Ihr, das Nothwendige zu thun, so seid Ihr schuldig an allen den Zermürnissen und Hemmnissen unseres öffentlichen Lebens, die unausweichbar unserem Vaterlande dann bevorstehen!“

Quod deus bene vertat!

Berlin, 29. März 1874.

Wilhelm Maurenbrecher.

Mit diesem Hefte beginnt diese Zeitschrift ein neues Quartal, welches durch alle Buchhandlungen und Postämter des In- und Auslandes zu beziehen ist.

Privatpersonen, gefellige Vereine, Lesegesellschaften, Kaffeehäuser und Conditoreien werden um gefällige Berücksichtigung derselben freundlichst gebeten.

Leipzig, im März 1874.

Die Verlagsbandlung.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Hans Blum.

Verlag von F. L. Herbig. — Druck von Gützel & Segler in Leipzig.